



Detailansicht des Registereintrags

Sächsischer Flüchtlingsrat e. V.

Aktuell seit 08.03.2026 18:58:54

Eingetragener Verein (e. V.)

| | |
|-------------------------------------|---|
| Registernummer: | R006953 |
| Ersteintrag: | 22.08.2024 |
| Letzte Änderung: | 08.03.2026 |
| Letzte Jahresaktualisierung: | 26.01.2026 |
| Tätigkeitskategorie: | Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung |
| Kontaktdaten: | Adresse: Sächsischer Flüchtlingsrat e. V. Dammweg 5 01097 Dresden Deutschland Telefonnummer: +4935187451710 E-Mail-Adressen: geschaefsstelle@sfrev.de Webseiten: www.saechsischer-fluechtlingsrat.de |

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Öffentliche Zuwendungen, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

70.001 bis 80.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1,80

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dajana Strunz**
Funktion: Vorstandsmitglied
2. **Klara Henzchen**
Funktion: Vorstandsmitglied
3. **Hannah Lena Franke**
Funktion: Vorstandsvorsitzende
4. **Antje Odermann**
Funktion: Schatzmeisterin
5. **Corinna Emmely Drexler**
Funktion: Stellvertretende Vorstandsvorsitzende

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (6):

1. **Dr. Kristian Garthus-Niegel**
2. **Dajana Strunz**
3. **Klara Henzchen**
4. **Hannah Lena Franke**
5. **Antje Odermann**
6. **Corinna Emmely Drexler**

Gesamtzahl der Mitglieder:

148 Mitglieder am 06.01.2026, davon:

147 natürliche Personen

1 juristische Person, Personengesellschaft oder sonstige Organisation

Mitgliedschaften (5):

1. Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BafF e.V.)
2. Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF)
3. Paritätischer Landesverband Sachsen
4. Bundesarbeitsgemeinschaft PRO ASYL
5. Netzwerk Tolerantes Sachsen

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (7):

Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Asyl und Flüchtlingsschutz; Ausländer- und Aufenthaltsrecht; Integration; Migration; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Sächsische Flüchtlingsrat e. V. (SFR e. V.) setzt sich für die Interessen und Rechte von geflüchteten Menschen in Sachsen ein und hat Austausch mit Mitgliedern des Bundestages, um politische Entscheidungsträger*innen auf die Bedürfnisse und Herausforderungen von Asylsuchenden aufmerksam zu machen. Er berät geflüchtete Menschen vor, während und nach ihrem Asylverfahren zu Themen wie Asyl- und Aufenthaltsrecht, Leistungskürzungen und Bleiberechtsperspektiven. Darüber hinaus bietet der SFR e. V. Information und Beratung zur Arbeitsmarktintegration. Im Rahmen seiner Lobbyarbeit dokumentiert und kritisiert der Verein menschenrechtliche Missstände im Bereich Asyl und Migration in Sachsen und setzt sich auf politischer Ebene für die Verbesserung der rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen ein.

Konkrete Regelungsvorhaben (6)

1. Zugang Geduldeter zu Aufenthaltstiteln verbessern

Beschreibung:

Betrifft alle Gesetze auf Bundesebene, die die Chancen auf ein Bleiberecht erhöhen: Ausweitung der Stichtage für das Chancen-Aufenthaltsrecht, der Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung sowie der Regelungen zum Spurwechsel

Betroffenes geltendes Recht:

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]; AsylVfG 1992 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

2. Abschaffung bzw. Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes

Beschreibung:

Bezahlkarten sollen wieder abgeschafft werden. Geflüchtete sollen Zugang zu regulären sozialen Sicherungssystemen und zur Gesundheitsversorgung erhalten.

Betroffenes geltendes Recht:

AsylbLG [alle RV hierzu]; SGBAT [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Ausländer- und Aufenthaltsrecht [\[alle RV hierzu\]](#); Integration [\[alle RV hierzu\]](#); Migration [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [\[alle RV hierzu\]](#)

3. Verbesserung des Arbeitsmarktzugangs für Geflüchtete in Duldung oder Aufenthaltsgestattung**Beschreibung:**

Beschäftigungsverbote und der eingeschränkte (nachrangige) Arbeitsmarktzugang von Menschen in Duldung und Aufenthaltsgestattung sollen komplett aufgehoben werden.

Betroffenes geltendes Recht:

[AsylVfG 1992 \[alle RV hierzu\]](#); [AufenthG 2004 \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Ausländer- und Aufenthaltsrecht [\[alle RV hierzu\]](#); Integration [\[alle RV hierzu\]](#); Migration [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [\[alle RV hierzu\]](#)

4. Reform des Rückführungsverbesserungsgesetzes**Beschreibung:**

Die Abschiebehaft soll bundesweit wieder abgeschafft werden. Grund- und Menschenrechtsverletzungen in der Abschiebep Praxis sollen umgehend gestoppt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

[AsylVfG 1992 \[alle RV hierzu\]](#); [AsylbLG \[alle RV hierzu\]](#); [AufenthG 2004 \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Ausländer- und Aufenthaltsrecht [\[alle RV hierzu\]](#); Integration [\[alle RV hierzu\]](#); Migration [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [\[alle RV hierzu\]](#)

5. Abbau asyl- und aufenthaltsrechtlicher Wohnverpflichtungen**Beschreibung:**

Aufhebung der Wohnverpflichtung gem. §§ 47, 53, 60 AsylG sowie §§ 12, 12a und 61 AufenthG. Die Unterbringung soll dezentral in Wohnungen oder wohnungsähnlicher Form erfolgen.

Betroffenes geltendes Recht:

[AsylVfG 1992 \[alle RV hierzu\]](#); [AufenthG 2004 \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Ausländer- und Aufenthaltsrecht [\[alle RV hierzu\]](#); Integration [\[alle RV hierzu\]](#); Migration [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [\[alle RV hierzu\]](#)

6. Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für Geflüchtete im Kontext Arbeitsmarkt**Beschreibung:**

Das Regelungsvorhaben ist eine Zusammenfassung der o. g. Regelungsvorhaben:

1. Zugang Geduldeter zu Aufenthaltstiteln verbessern
2. Abschaffung bzw. Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes
3. Verbesserung des Arbeitsmarktzugangs für Geflüchtete in Duldung und Aufenthaltsgestattung
5. Abbau asyl- und aufenthaltsrechtlicher Wohnverpflichtungen

Betroffenes geltendes Recht:

AsylVfG 1992 [alle RV hierzu]; AsylbLG [alle RV hierzu]; AufenthG 2004 [alle RV hierzu]; SGBAT [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2504260003 (PDF - 15 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.01.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (10):

1. Europäische Kommission

Europäische Union

Charlemagne-Gebäude, Rue de la Loi/Wetstraat 170, 1040 Brüssel, Belgien

Betrag: 140.001 bis 150.000 Euro

Förderung des Projektes IBAS ProFlex im Rahmen des ESF-Plus-Programms „Integration durch Qualifizierung – IQ“

2. Europäische Kommission

Europäische Union

Charlemagne-Gebäude, Rue de la Loi/Wetstraat 170, 1040 Brüssel, Belgien

Betrag: 260.001 bis 270.000 Euro

Förderung des Projektes RESQUE forward im Rahmen des ESF-Plus-Programms „„WIR - Netzwerke integrieren Geflüchtete in den regionalen Arbeitsmarkt“

3. Europäische Kommission

Europäische Union

Charlemagne-Gebäude, Rue de la Loi/Wetstraat 170, 1040 Brüssel, Belgien

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

Förderung des Projektes „EDA - Empowerment, Digitalisierung und Arbeitsmarktintegration für Migrantinnen“ im Rahmen des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus)

4. Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin

Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro

Förderung des Projektes IBAS ProFlex im Rahmen des ESF-Plus-Programms „Integration durch Qualifizierung – IQ“

5. Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin

Betrag: 130.001 bis 140.000 Euro

Förderung des Projektes RESQUE forward im Rahmen des ESF-Plus-Programms „„WIR - Netzwerke integrieren Geflüchtete in den regionalen Arbeitsmarkt“

6. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Frankenstraße 210, 90461 Nürnberg

Betrag: 160.001 bis 170.000 Euro

Förderung einer behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung nach § 12a AsylG

7. Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Albertstraße 10, 01097 Dresden

Betrag: 470.001 bis 480.000 Euro

Förderung des Projektes „Meine Rechte. Meine Perspektiven.“ im Rahmen der Richtlinie „Integrative Maßnahmen“

8. Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Wilhelm-Buck-Straße 2, 01097 Dresden

Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro

Förderung des Projektes „Perspektive Bleiberecht Dresden“ im Rahmen der Fachkräfte richtlinie

9. Sächsisches Staatsministerium für Kultur

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Carolaplatz 1, 01097 Dresden

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Förderung des Projektes IBAS ProFlex im Rahmen des ESF-Plus-Programms „Integration durch Qualifizierung – IQ“

10. Stadt Leipzig

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune

Leipzig

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

Förderung des Projektes "Perspektive Bleiberecht Leipzig"

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

90.001 bis 100.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

10.001 bis 20.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[JahresabschlussSFR2024.pdf](#)